

## Vorlage Stadtparlament

Datum 14. Mai 2019  
Beschluss Nr. 3008  
Aktenplan 19 Städtisches Personal

### Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen; Postulatsbericht

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat «Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen» wird als erledigt abgeschrieben.

---

Die Geschäftsprüfungskommission, vertreten durch ihren Präsidenten, hat mit insgesamt 57 Unterschriften am 13. September 2016 die Motion «Entschädigungsreglement» eingereicht. Das Stadtparlament teilte dieses Geschäft in eine Motion «Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments» und ein Postulat «Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen» auf. Das Postulat wurde am 28. März 2017 mit folgendem Wortlaut für erheblich erklärt:

*«Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob ein Reglement auszuarbeiten sei, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadtverwaltung vorgibt.»*

#### 1 Ausgangslage

Der vorliegende Postulatsbericht befasst sich ausschliesslich mit der Entschädigung der Mitglieder von Verwaltungskommissionen und Gremien. Die Entschädigung der Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier für die Parlaments- und Kommissionsarbeit wird vorliegend nicht behandelt. Vielmehr sind diese Entschädigungen Bestandteil der Motion «Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments». Dieses Geschäft wird dem Stadtparlament parallel zum vorliegenden Postulatsbericht durch das Präsidium des Stadtparlaments vorgelegt.

Verwaltungskommissionen finden ihre Rechtsgrundlage im kantonalen oder kommunalen Recht, aber auch in gemeindeübergreifenden Vereinbarungen. Den Kommissionen gehören – in unterschiedlicher Zusammensetzung – Vertreterinnen bzw. Vertreter von Stadtrat, Stadtparlament, Stadtverwaltung und externe Expertinnen und Experten an. Neben diesen Kommissionen gibt es weitere Gremien und Arbeitsgruppen, in denen Fachleute ihr Wissen einbringen. Solche Kommissionen und Gremien erfüllen hauptsächlich drei Funktionen:

- Sie ergänzen die Verwaltung in bestimmten Bereichen, in denen ihr die speziellen Kenntnisse fehlen. Die Verwaltung gewinnt daraus Fachkenntnisse, die sie sonst kostspielig – durch die Vergrößerung des Verwaltungsapparats oder teure Expertenaufträge – einkaufen müsste.
- Solche Kommissionen und Gremien stellen aber auch ein wirksames Instrument zur Interessenvertretung von Organisationen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und die Möglichkeit einer mehr oder weniger direkten Einflussnahme auf die Tätigkeit der Verwaltung dar. Sie sind somit auch ein Instrument der partizipativen Demokratie.<sup>1</sup> Zudem dienen sie dem gegenseitigen Informationsfluss.
- Eine gewichtige Aufgabe kommt Kommissionen zu, welche massgebliche Entscheide stellvertretend für den Stadtrat treffen. Diese sind rechtsverbindlich und mit einer gewissen Tragweite verbunden. Diese Kommissionsmitglieder stehen aufgrund ihrer Beschlüsse auch im Fokus des öffentlichen Interesses und müssen diese gegebenenfalls auch nach aussen vertreten.

Die Geschäftsprüfungskommission hat sich im Jahr 2016 eine Übersicht über die Entschädigungen und Spesen von diversen Kommissionen und Gremien in der Stadtverwaltung zusammenstellen lassen. Daraus wurde ersichtlich, dass grosse Unterschiede zwischen den Entschädigungen der einzelnen Kommissionen und Gremien bestehen. Diverse Kommissionen werden nach den parlamentarischen Ansätzen – wie sie mit der Parlamentsvorlage vom 27. März 2007<sup>2</sup> festgelegt wurden – entschädigt. Einzelne Gremien erhalten jedoch bedeutend höhere Ansätze. Der vorliegende Postulatsbericht legt zunächst die bestehende Situation dar und zeigt auf, welche Kommissionen und Gremien bestehen und wie die Entschädigung der jeweiligen Mitglieder geregelt ist. Im Anschluss wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten einer zukünftigen Regelung bestehen und welche Vor- und Nachteile diese verschiedenen Optionen mit sich bringen.

## **2 Definition und Auflistung der Verwaltungskommissionen**

### **2.1 Begriff der Verwaltungskommissionen und -gremien**

Aufgrund obiger Ausführungen lässt sich der Begriff «Verwaltungskommissionen» wie folgt zusammenfassen:

Verwaltungskommissionen sind zusätzlich zur allgemeinen Verwaltungsadministration geschaffene Gremien, die direkt der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben der Stadt dienen, indem sie die Verwaltung hinsichtlich konkreter Aufgabenstellungen beraten oder selbstständige Entscheide treffen. Deren Mitglieder können grundsätzlich verwaltungsinterne oder verwaltungsexterne Personen sein. Nicht unter den Begriff der Verwaltungskommission fallen Gremien, die lediglich dem informellen Austausch mit verschiedenen Interessen- bzw. Bevölkerungsgruppen dienen, wie etwa runde Tische oder vergleichbare «Aussprachegefässe», es sei denn, sie sind ausdrücklich vom Gesetz- oder Verordnungsgeber als Verwaltungskommissionen vorgesehen bzw. diesen gleichgestellt (etwa wenn eine Entschädigungsberechtigung für Mitglieder normiert worden ist).

---

<sup>1</sup> Vgl. zum Ganzen die Erläuterungen des Bundes zu den ausserparlamentarischen Kommissionen (<https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrecht/ausserparlamentarische-kommissionen.html>).

<sup>2</sup> Die Vorlage wurde vom Stadtparlament an seiner Sitzung vom 2. Mai 2007 unverändert verabschiedet.

## 2.2 Bestehende Verwaltungskommissionen

Gestützt auf diese Definition bestehen in der Stadt St.Gallen, nach Direktionen gegliedert, folgende Verwaltungskommissionen und -gremien:

Direktion Inneres und Finanzen	- Einbürgerungsräte St.Gallen und St.Gallen-Tablat - Kommission für Kulturförderung
Direktion Soziales und Sicherheit	- Feuerschutzkommission - Regionaler Führungsstab - Konferenz für Alters- und Behindertenfragen - Integrationskommission - Konferenz für Kinder- und Jugendfragen - Kommission für Gender- und Familienfragen
Direktion Planung und Bau	- Arbeitsgruppe Bau und Kunst - Friedhofkommission - Baubewilligungskommission - Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur
Direktion Bildung und Freizeit	- Personalkommission Schule - Pädagogischer Beirat Schule - Rekurskommission Schule
Direktion Technische Betriebe	keine Verwaltungskommissionen

## 3 Übersicht über aktuelle Entschädigung der Mitglieder von Verwaltungskommissionen

### 3.1 Grundsätzliche Überlegungen zur Entschädigungshöhe

Einleitend ist allgemein auszuführen, dass das Milizsystem und die Ehrenamtlichkeit, verbunden mit der Bereitschaft, sich für das Wohl der Stadt einzusetzen, prägende Merkmale der Kommissionstätigkeit bilden. Deshalb können die Entschädigungen für eine Kommissionstätigkeit nicht unbesehen mit Löhnen der Privatwirtschaft verglichen werden. Von den Mitgliedern des Stadtparlaments wird ebenfalls «ein zeitlicher Aufwand ausserhalb der entschädigten Sitzungsstunden erwartet (Studium der Unterlagen)»<sup>3</sup>. Um den Anreiz der Kommissionstätigkeit zu gewährleisten, sind allerdings Entschädigungen auszurichten, die den zeitlichen Aufwand und die anspruchsvolle Tätigkeit im Dienst der Stadt angemessen finanziell abgelden. Dies gilt insbesondere für Kommissionen, mit denen verwaltungsexternes Expertenwissen eingekauft wird oder die rechtskräftige Entscheide stellvertretend für den Stadtrat fällen.

### 3.2 Bestehende Entschädigungspraxis im Allgemeinen

Die Stadt St.Gallen verfügt bislang über keine kodifizierte umfassende Entschädigungsregelung. Es bestehen neben vereinzelten ausdrücklichen Reglementsbestimmungen auch Stadtratsbeschlüsse, welche die Entschädigung regeln. Teilweise bestehen weder Reglementsbestimmungen noch Stadtratsbeschlüsse. Das Entschädigungsregime orientiert sich grösstenteils am Beschluss des Stadtparlaments vom 2. Mai 2007<sup>4</sup>, worin entschieden wurde, dass Mitglieder administrativer Kommissionen in

---

<sup>3</sup> Vorlage des Präsidiums des Stadtparlaments vom 27. März 2007, Festsetzung der Sitzungsgelder und der Entschädigung für die Mitglieder des Stadtparlaments, S. 1. Diese Vorlage wurde am 2. Mai 2007 unverändert genehmigt.

<sup>4</sup> Vorlage des Präsidiums des Stadtparlaments vom 27. März 2007, Festsetzung der Sitzungsgelder und der Entschädigung für die Mitglieder des Stadtparlaments. Diese Vorlage wurde am 2. Mai 2007 unverändert genehmigt.

diversen Dienststellen nach den für Parlamentssitzungen geltenden Ansätzen entschädigt werden. Dies bedeutet, dass bei Kommissionssitzungen für die erste Stunde ein Entgelt von CHF 40 und für jede weitere Stunde ein Sitzungsgeld von CHF 30 ausgerichtet wird. Die Präsidentin bzw. der Präsident der Kommission erhält das doppelte Sitzungsgeld (Beschluss des Stadtparlaments vom 2. Mai 2007). Diese Entschädigungspraxis gilt für folgende Kommissionen bzw. Gremien:

<b>Kommission / Gremium</b>	<b>Zweck / rechtliche Grundlage</b>
<b>Einbürgerungsräte St.Gallen und St.Gallen-Tablat</b>	zum Einbürgerungsrat und dessen Aufgaben siehe kant. Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht (sGS 121.1) sowie die mit den Ortsbürgergemeinden geschlossenen Vereinbarungen
<b>Kommission für Kulturförderung</b>	Art. 11 ff. des Reglements über die Verleihung des Kulturpreises und des Anerkennungspreises sowie die Ausrichtung von Förderungspreisen für kulturelles Schaffen (sRS 251.1)
<b>Feuerschutzkommission</b>	Art. 5 des kant. Gesetzes über den Feuerschutz (sGS 871.1); Art. 69 kant. Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Feuerschutz (sGS 871.11); Art. 2 des Feuerschutzreglements (sRS 414.1)
<b>Konferenz für Alters- und Behindertenfragen</b>	Reglement über die Konferenz für Alters- und Behindertenfragen (sRS 331.3)
<b>Integrationskommission</b>	Reglement zum Vollzug des Integrationskonzeptes (sRS 331.5)
<b>Konferenz für Kinder- und Jugendfragen</b>	Reglement der Konferenz für Kinder- und Jugendfragen (sRS 331.1)
<b>Kommission für Gender- und Familienfragen</b>	Reglement der Kommission für Gender- und Familienfragen (KGFF; sRS 331.4)

Von dieser Regelung bestehen bei den Entschädigungen der Mitglieder der Verwaltungskommissionen hingegen zahlreiche Abweichungen sowohl bezüglich der Entschädigungsart (Fallpauschalen<sup>5</sup>, Jahrespauschalen<sup>6</sup>, [Halb-]Tagespauschalen<sup>7</sup>) als auch hinsichtlich der Höhe der Entschädigungen<sup>8</sup>. Es handelt sich hierbei um folgende Kommissionen bzw. Gremien:

<sup>5</sup> Siehe die Entschädigung für die Rekurskommission Schule (Entschädigung Sitzungsvorbereitung Präsident/in: CHF 100; Sitzungsleitung Präsident/in: CHF 300; Fallpauschale zwischen CHF 200 bis CHF 400, abhängig vom Aufwand; Co-Referat CHF 50).

<sup>6</sup> Siehe die Entschädigung der verwaltungsexternen Mitglieder des Regionalen Führungsstabes (Stabschef: CHF 3'000/Jahr; stellvertretender Stabschef: CHF 2'150/Jahr, zuzüglich Spesenpauschale).

<sup>7</sup> Siehe die Entschädigung für Mitglieder des Sachverständigenrats für Städtebau und Architektur (CHF 1'415/Halbtage bzw. CHF 2'503/Tag).

<sup>8</sup> Siehe etwa die Entschädigung für die Mitglieder des Pädagogischen Beirats Schule (CHF 100/h), für Mitglieder der Personalkommission Schule für Aufwände ausserhalb der Arbeitszeit (CHF 82.50/h), für Mitglieder der Arbeitsgruppe Bau und Kunst (CHF 120/h), für Mitglieder der Friedhofkommission (CHF 50/h), für Mitglieder der Baubewilligungskommission (CHF 165/h).

<b>Kommission / Gremium</b>	<b>Entschädigungspraxis</b>
<b>Regionaler Führungsstab</b> (ehemals: Regionaler Katastrophen-Stab [RKS]; Vereinbarung über die Zusammenarbeit verschiedener Gemeinden)	Für Mitarbeitende der Stadtverwaltung gilt die Tätigkeit als Arbeitszeit. Die weiteren Mitglieder werden durch die Stadt pauschal entschädigt. Werden verwaltungsexterne Spezialisten beigezogen, wird deren Entschädigung durch den Stabschef geregelt <sup>9</sup> Gemäss SRB Nr. 1818 vom 11. Mai 2010 jährliche Entschädigung: Stabschef: CHF 3'000 Honorarpauschale, plus CHF 500 Spesenpauschale; Stellvertretende Stabschefs: CHF 2'150 Honorarpauschale, plus CHF 350 Spesenpauschale.
<b>Arbeitsgruppe Bau und Kunst = «Kunst und Raum»</b> gem. SRB Nr. 1485 vom 15. Januar 2002	Es wird ein Sitzungsgeld von CHF 120 pro Stunde ausgerichtet.
<b>Friedhofkommission</b> (Art. 8 Friedhofreglement [sRS 415.1])	Es wird ein Sitzungsgeld von CHF 50 pro Stunde ausgerichtet. Die Höhe der Entschädigung orientiert sich am Markt, wobei der Ansatz eher tief angesetzt ist.
<b>Baubewilligungskommission</b> (Art. 64 ff. der Bauordnung [sRS 731.1])	CHF 165 pro Stunde <sup>10</sup> Entschädigt wird nur die effektive Zeit während der Sitzung.
<b>Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur</b> (Art. 68 <sup>bis</sup> ff. der Bauordnung sowie Reglement über den Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur [sRS 731.12])	Pro Fachexpertin bzw. -experte: CHF 1'415 pro Halbtage; CHF 2'503 pro Tag. <sup>11</sup> In der Halbtages-/Tagesentschädigung sind die Reisezeiten und die Vor- und Nachbearbeitungszeit inbegriffen.
<b>Personalkommission Schule</b> (Art. 23 des Reglements über die	Grundsatz: Arbeitszeit, da i.d.R. Mitarbeitende der Stadtverwaltung. Ausnahmsweise Entschädigung von CHF 82.50 pro

<sup>9</sup> siehe zum Ganzen: Art. 16 der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Gemeinden St.Gallen, Eggersriet, Gaiserwald, Mörschwil und Untereggen im Bereich Bevölkerungsschutz (genehmigt durch das Sicherheits- und Justizdepartement am 22. Dezember 2009)

<sup>10</sup> Beschluss des Stadtrats vom 5. September 2006 (Beschluss Nr. 2156); in Anlehnung an den Tarif C der Empfehlungen der Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB). Das Sekretariat der WEKO hat kartellrechtliche Bedenken gegenüber den Empfehlungen der KBOB zu maximalen Honoraransätzen für Planerleistungen im freihändigen Verfahren angemeldet. Mit Schreiben vom 29. Juni 2017 verzichtet die KBOB deshalb auf die Publikation von maximalen Honoraransätzen und empfiehlt seit 2018 in ihren «Empfehlungen zur Honorierung von Architekten und Ingenieuren», die Honorierung «auftragsbezogen zu verhandeln und zu vereinbaren».

<sup>11</sup> vgl. Beschluss des Stadtrats vom 5. September 2006 (Beschluss Nr. 2156); mit Hinweis auf die Empfehlungen der Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB; Tarif für Jurymitglieder [S. 8 der Empfehlungen 2018, Download unter: <[https://www.kbob.admin.ch/dam/kbob/de/dokumente/Publikationen/Honorierung/Empfehlungen%20zur%20Honorierung%20von%20Architekten%20und%20Ingenieuren%202018.pdf.download.pdf/Empfehlungen%20Honorare\\_2018\\_20171201\\_d.pdf](https://www.kbob.admin.ch/dam/kbob/de/dokumente/Publikationen/Honorierung/Empfehlungen%20zur%20Honorierung%20von%20Architekten%20und%20Ingenieuren%202018.pdf.download.pdf/Empfehlungen%20Honorare_2018_20171201_d.pdf)>, abgerufen am 04.01.2018]).

städtischen Schulen [abgekürzt: Schulordnung sRS 211.1])	Stunde für eine Mitarbeitende bzw. einen Mitarbeitenden während ihrer bzw. seiner unterrichtsfreien Zeit.
<b>Pädagogischer Beirat Schule</b> (Art. 27 f. der Schulordnung [sRS 211.1])	Es wird ein Sitzungsgeld von CHF 100 pro Stunde ausgerichtet.
<b>Rekurskommission Schule</b> (Art. 33 ff. der Schulordnung [sRS 211.1])	Sitzungsvorbereitung Präsidentin/Präsident CHF 100; Sitzungsleitung Präsidentin/Präsident CHF 300; Rekursfälle mit kleinem Vorbereitungsaufwand CHF 200; Rekursfälle mit mittlerem Vorbereitungsaufwand CHF 300; Rekursfälle mit grossem Vorbereitungsaufwand CHF 400; Co-Referat CHF 50.

Als massgebende Faktoren für die Entschädigungshöhe fallen u.a. folgende Aspekte in Betracht:

- Verantwortungs-/Wirkungsgrad (Beratungs- oder Entscheidungsbefugnisse);
- Bedarf an Sach-/Fachwissen;
- Opportunitätskosten (etwa Höhe des Verdienstaufschlags);
- Einschränkung in der beruflichen Tätigkeit<sup>12</sup>;
- Aufwand
- allfällige Entschädigungsempfehlungen einschlägiger Fachverbände.

An die Mitglieder von Verwaltungskommissionen, die bei der Stadt angestellt sind, wird keine Entschädigung ausgerichtet, wenn die Kommissionsarbeit im Rahmen ihrer städtischen Aufgabe und als Arbeitszeit angerechnet werden kann.

Auch in Bezug auf die Spesenregelung bestehen sehr heterogene Bestimmungen.

#### **4 Handlungsoptionen für zukünftige Ausgestaltung der Entschädigung der Mitglieder von Verwaltungskommissionen**

Im Rahmen des vorliegenden Postulatsberichts werden drei mögliche Ansätze für ein zukünftiges Entschädigungsregime näher aufgezeigt. Es besteht einerseits die Möglichkeit, die bestehende Entschädigungspraxis weiterzuführen (Variante A). Weiter wäre auch denkbar, die Entschädigung sämtlicher Kommissionen gleich zu regeln (Variante B) oder zumindest verschiedene Entschädigungskategorien zu bilden, in welchen die Gewichtung der Kompetenzen und Verantwortung der jeweiligen Kommissionen berücksichtigt würden (Variante C).

<sup>12</sup> Siehe bezüglich des für den Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur geltenden Erfordernisses, dass die Mitglieder in ihrer Berufstätigkeit keine Interessenbindungen zur Bauwirtschaft in der Stadt oder in der Region St.Gallen haben, Art. 68<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b der Bauordnung.

Neben diesem Variantenentscheid stellt sich insbesondere auch die Frage, ob das gewählte Entschädigungsregime zukünftig in einem Reglement festgeschrieben oder ob allenfalls an der bestehenden Praxis (mit unterschiedlichen Grundlagen) für die Entschädigung festgehalten werden soll.

#### **4.1 Variante A: Fortführung der bisherigen Praxis**

##### **4.1.1 Gegenstand**

Nach dieser Variante wird das bisherige Entschädigungsregime fortgeführt. Massgebend für die jeweiligen Entschädigungen sind weiterhin die konkreten Anforderungen an die Kommissionsarbeit, wie sie Eingang in das geltende Entschädigungsregime gefunden haben. Die Entschädigung würde nach dieser Variante somit im Grundsatz (d.h. für eine Vielzahl von Verwaltungskommissionen) auf der Grundlage des Parlamentsbeschlusses vom 2. Mai 2007 ausgerichtet. Im Rahmen der Motion «Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments» hat das Präsidium des Stadtparlaments ebenfalls eine Beibehaltung der materiellen Regelungen aus dem Jahr 2007 (mit Ausnahme der Einführung einer Teuerungsindexierung) befürwortet. Entsprechend würde die Beibehaltung des bestehenden Entschädigungsregimes für die Verwaltungskommissionen der angestrebten Lösung der Entschädigung der Mitglieder des Parlaments bzw. der parlamentarischen Kommissionen entsprechen.

##### **4.1.2 Vorteile**

Das bisherige Entschädigungsregime könnte fortgeführt werden. In der über zehnjährigen Praxis hat sich dieses Entschädigungsregime im Grundsatz bewährt, weshalb kein Zwang besteht, das bestehende Regime ganz grundsätzlich zu überdenken und aufzugeben. Allenfalls könnte mit kleineren Anpassungen (an die heutigen Anforderungen an die jeweilige Kommissionstätigkeit) der Handlungsbedarf auch mit dem geltenden Regime abgedeckt werden. Nach dieser Regelung wären für die jeweiligen Entschädigungen weiterhin die konkreten Anforderungen an die Kommissionsarbeit massgebend. Ein Vorteil dieser Variante ist, dass individuelle Lösungen gefunden werden können, da es weiterhin keine Kategorisierung bzw. Vereinheitlichung gäbe. Entsprechend können die Entschädigungen im Einzelfall (d.h. je Kommission) festgelegt und dabei insbesondere die für die Entschädigungshöhe massgebenden Faktoren (Bedarf an Sach-/Fachwissen, Verfügbarkeit an Fachleuten, Opportunitätskosten, Aufwand, Kompetenzen, Verantwortung etc.) berücksichtigt werden.

##### **4.1.3 Nachteile**

Die pro Verwaltungskommission separate Festlegung der Entschädigung der Mitglieder kann nicht nur als Vorteil, sondern auch als Nachteil angesehen werden. Durch das grosse Ermessen bei der Festlegung der Entschädigungshöhe und der damit verbundenen Heterogenität kann es zu Diskrepanzen zwischen den einzelnen Kommissionen kommen, woraus Unzufriedenheiten in Bezug auf die Entschädigungsdifferenzen entstehen können.

#### **4.2 Variante B: Gleiche Entschädigung für Mitglieder aller Verwaltungskommissionen**

##### **4.2.1 Gegenstand**

Grundsätzlich denkbar wäre auch eine Regelung, bei welcher die Entschädigungen sämtlicher verwaltungsexterner Mitglieder von Verwaltungskommissionen einheitlich ausgestaltet und in einem Erlass vereinheitlicht würden. Bei der Realisierung müsste geklärt werden, ob eine detailliert aufwandabhängige Entschädigung (Stundenansatz) oder eine pauschalierte (Halb- oder Viertel-)Taggeldlösung realisiert werden und wie hoch die Entschädigung sein soll. Eine Umsetzung ohne einzelne Ausnahmen wäre allerdings wohl nur schwer realisierbar, da die Anforderungen an die Kommissionstätigkeit teilweise sehr unterschiedlich sind.

Als Beispiele können die Regelungen der Städte Luzern und Zug genannt werden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass diese Bestimmungen nicht ohne Ausnahmen auskommen:

- **Regelung der Stadt Luzern:** Der Stadtrat von Luzern hat im Dezember 2010 die Verordnung über die Sitzungsgelder und Entschädigungen von Kommissionen erlassen. Die Sitzungsgelder sind für sämtliche Kommissionen im Grundsatz gleich. Für ordentliche Sitzungen (bis zu 2 ½ Stunden) wird ein Sitzungsgeld in der Höhe von CHF 70 (Präsidentin bzw. Präsident) bzw. CHF 50 (Mitglied) ausgerichtet. Für halbtägige Sitzungen wird eine Entschädigung von CHF 135 bzw. CHF 100 und für ganztägige Sitzungen eine solche von CHF 200 bzw. CHF 150 ausgerichtet. Bei Vorliegen von ausserordentlichen Verhältnissen können jedoch davon abweichende Sitzungsgelder festgelegt werden.
- **Regelung der Stadt Zug:** Die Stadt Zug regelt die Entschädigung der ausserparlamentarischen Kommissionen in ihrer Verordnung über besondere Entschädigungen an das Personal der Stadt Zug. Demnach erhalten die Präsidentin bzw. der Präsident CHF 210 und die Mitglieder CHF 140 pro Sitzung. Dabei handelt es sich bis drei Stunden um eine einfache Sitzung, bis sechs Stunden um eine Doppelsitzung und bei einer ganztägigen Sitzung um eine Dreifachsitzung. Für Spezialarbeiten werden CHF 58 pro Stunde ausgerichtet.

#### **4.2.2 Vorteile**

Eine Vereinheitlichung der Entschädigungen der Kommissionsmitglieder über alle Kommissionen hinweg führt zu einer formellen Harmonisierung und einer transparenten Entschädigungspraxis. Auch wäre diese Variante in der Praxis einfach zu handhaben.

#### **4.2.3 Nachteile**

Eine Vereinheitlichung der Entschädigungshöhe lässt die konkreten Anforderungen an die Kommissionstätigkeit und den wirtschaftlichen Wert der dort von den Mitgliedern erbrachten Leistung ausser Acht. Angesichts der sehr heterogenen Kommissionstätigkeiten ist eine Vereinheitlichung der Entschädigungshöhe mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz nur schwer zu vereinbaren: Ungleiches würde nach Massgabe seiner Ungleichheit nicht mehr ungleich behandelt. Zudem wäre fraglich, ob für bestimmte Kommissionen überhaupt noch leistungsbereite fach- bzw. sachkundige Mitglieder gewonnen werden könnten, wenn lediglich die für die Mitglieder des Stadtparlaments geltenden Entschädigungen bezahlt würden (1. Stunde: CHF 40; jede weitere Stunde CHF 30; Präsidium erhält doppelte Entschädigung). Im Gegensatz zu Mitgliedern des Stadtparlaments nehmen ausserparlamentarische Mitglieder in der Regel allein aufgrund ihrer von der Stadt nachgefragten spezifischen Fach- bzw. Sachkunde Einsitz in die jeweilige Kommission. Durch diese fach- bzw. sachkundigen Mitglieder gewinnt die Stadt Fach- bzw. Sachkenntnisse, die sie sonst – abhängig vom wirtschaftlichen Wert der jeweiligen Expertenleistung – kostspielig durch die Vergrösserung des Verwaltungsapparats oder teure Expertenaufträge einkaufen müsste.



## **4.3 Variante C: Objektivierung der Entschädigung anhand eines Kriterienkatalogs**

### **4.3.1 Gegenstand**

Die Einreihung in einem dreistufigen Entschädigungsraster stellt eine Art Mittelweg zwischen dem bisherigen System und einer Vereinheitlichung der Entschädigungsansätze dar. Die Kategorien 1 bis 3 werden grundsätzlich nach bisherigem Stand eingereiht.

Als Beispiele können die Regelungen des Bundes oder des Kantons St.Gallen dienen. Diese Regelungen kommen jedoch nicht ohne Ausnahmen aus:

- **Regelung des Bundes:** Auf Bundesebene sind die sogenannten gesellschaftsorientierten ausserparlamentarischen Kommissionen<sup>13</sup> mit den Verwaltungskommissionen gemäss städtischer Definition vergleichbar. Deren Entschädigung wird in der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (SR 172.010.1; RVOV) geregelt. Der Bund kennt drei verschiedene Entschädigungskategorien, in welche die Kommissionen gemäss den Anforderungen an die Mitglieder und gemäss den Aufgaben der Kommissionen eingeteilt werden:
  - a) **Kategorie G3** mit einem Taggeld von CHF 500: Die Tätigkeit der Kommission verlangt von ihren Mitgliedern ein hohes spezifisches Expertenwissen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Mitglieder fachliche Autoritäten auf dem Gebiet der Kommission sind und Kenntnisse besitzen müssen, die nicht kurzfristig zu erwerben sind.
  - b) **Kategorie G2** mit einem Taggeld von CHF 400: Die Tätigkeit der Kommission verlangt von ihren Mitgliedern ein hohes allgemeines Fachwissen und die Kommission hat hoheitliche Entscheidungsbefugnisse.
  - c) **Kategorie G1** mit einem Taggeld von CHF 300: Die Tätigkeit der Kommission verlangt von ihren Mitgliedern ein hohes allgemeines Fachwissen und die Kommission hat beratende Aufgaben.
- **Regelung des Kantons St.Gallen:** Der Kanton St.Gallen regelt die Entschädigung der Mitglieder der Verwaltungskommissionen in der Verordnung über die Vergütung an Kommissionen und Experten der staatlichen Verwaltung vom 10. Februar 1970 (sGS 145.1). Der Kanton kennt ein dreigeteiltes Taggeldentschädigungsregime. Dabei werden die Kommissionen in drei Kategorien eingeteilt, welche unterschiedliche Taggelder (Taggelder in der Höhe von CHF 175 / CHF 150 / CHF 125) vorsehen. Dabei wird für einen Zeitaufwand von fünf und mehr Stunden ein volles Taggeld, für einen Zeitaufwand von zwei bis fünf Stunden ein halbes Taggeld, für einen Zeitaufwand von weniger als zwei Stunden ein Viertel eines Taggeldes und bei Entschädigung nach Stunden ein Fünftel eines Taggeldes entrichtet.<sup>14</sup> Allerdings werden zahlreichen Mitgliedern unterschiedlicher Kommissionen feste jährliche Vergütungen ausgerichtet.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Gemäss Art. 8m lit. a RVOV handelt es sich dabei um Kommissionen, welche die Bundesversammlung sowie den Bundesrat und die Bundesverwaltung unterstützen und vor allem politisch-gesellschaftliche Fragen behandeln.

<sup>14</sup> Art. 4 Abs. 2 der Verordnung über die Vergütung an Kommissionen und Experten der staatlichen Verwaltung

<sup>15</sup> Art. 16 der Verordnung über die Vergütung an Kommissionen und Experten der staatlichen Verwaltung

#### **4.3.2 Vorteile**

Durch die Kategorisierung erfolgt eine Objektivierung der Entschädigungen. Diese Lösung verbessert somit die Transparenz für die Bemessung der Entschädigungshöhe. Trotz einer gewissen Schematisierung besteht im Vergleich zu einer einheitlichen Entschädigung eine höhere Flexibilität.

#### **4.3.3 Nachteile**

Wegen der definierten Bandbreite ist die Flexibilität für die Regelung von Sonderfällen sowohl unterhalb als auch oberhalb der Bandbreite im Vergleich zum Status quo eingeschränkt. Aufgrund der sehr heterogenen Aufgaben der einzelnen Kommissionen und der sehr unterschiedlichen Anforderungen an die Mitglieder ist eine als sachgerecht empfundene Einreihung sehr aufwändig und nicht frei von Streit- bzw. Unzufriedenheitspotenzial.

#### **4.4 Rechtsetzungsbedarf**

Bei sämtlichen Varianten stellt sich die Frage, ob die zukünftige Entschädigungspraxis in einem formellen Reglement festgeschrieben werden soll. Dies umso mehr, als auch der Auftrag des Postulats dahingehend lautet, dass der Stadtrat zu prüfen habe, ob ein Reglement auszuarbeiten sei.

Eine kodifizierte Lösung bringt entscheidende Vorteile gegenüber der geltenden Regelung, welche die Entschädigungen mittels einzelner Beschlüsse regelt. Mit einem formellen Reglement, welches Aufnahme in die Rechtssammlung findet, wird einerseits die Entschädigung transparent und für alle einsehbar geregelt. Ausserdem werden auch für mögliche zukünftige Mitglieder von Verwaltungskommissionen klare Verhältnisse geschaffen. Andererseits wird – aufgrund der Motion «Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments» – auch ein Erlass über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments erlassen. Somit kann eine umfangreiche Regelung sämtlicher Entschädigungen für Parlaments- und Kommissionstätigkeit erzielt werden.

### **5 Entscheid für Variante C**

Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass eine gewisse Vereinheitlichung der Entschädigungen der Mitglieder der verschiedenen Kommissionen angezeigt ist. Auf der anderen Seite ist auch den unterschiedlichen Anforderungen, den verschiedenen Kompetenzen und dem erforderlichen Wissen der einzelnen Mitglieder bei der Festsetzung der Entschädigung Rechnung zu tragen. Als geeignetes Entschädigungsregime ergibt sich hierbei eine Lösung gemäss Variante C.

### **6 Skizze des zukünftigen Reglements**

Der Erlass eines entsprechenden Reglements über die Entschädigung der Mitglieder von Verwaltungskommissionen liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat wird ein solches Reglement ausarbeiten und in Kraft setzen. Dem Stadtparlament können an dieser Stelle bereits einige Eckpunkte bzw. wesentliche Regelungsfelder des Reglements bekannt gegeben werden:

- Im Grundsatz soll den Mitgliedern der Verwaltungskommissionen für ihre Tätigkeit ein Sitzungsgeld ausgerichtet werden. Gleich wie bei der Entschädigung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier soll dieses nach Stundensätzen festgelegt werden. Der Stadtrat erachtet dies als gerechteste und auch praktikabelste Lösung. In der Regel sollen somit weder Tagessätze noch irgendwelche Pauschalen ausgerichtet werden.
- Vereinzelt ist die Entrichtung von pauschalen Entschädigungen allenfalls angebracht. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die hauptsächliche Tätigkeit nicht im Rahmen von Sitzungen erbracht wird.
- Für die Sitzungsgelder sollen drei Entschädigungskategorien geschaffen werden, in welche die Verwaltungskommissionen einzuteilen sind.
- Die Einteilung der einzelnen Kommissionen in die Entschädigungskategorien erfolgt insbesondere nach Massgabe der Anforderungen an die Mitglieder, der Aufgaben sowie der Befugnisse der Kommission.
- Die Entschädigung für die Tätigkeit in einzelnen Kommissionen könnte dadurch leichte Anpassungen erfahren. Es wird vereinzelt Kommissionen geben, deren Mitglieder eine höhere Entschädigung als bisher erhalten. In anderen Kommissionen werden voraussichtlich geringere Entschädigungen ausgerichtet.
- Das vorsitzende Mitglied der Verwaltungskommission soll mit Ausnahme der Baubewilligungskommission und des Sachverständigenrats für Städtebau und Architektur das doppelte Sitzungsgeld erhalten.

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:  
Jennifer Abderhalden

Beilage:  
▪ Motion vom 13. September 2016